

japanische Markt ein großer, aber auch reifer Markt sei, befinde sich die Telekommunikation in China noch im Aufbau. Außerdem dürften dort ausländische Unternehmen als Netzbetreiber nicht aktiv werden. (NfA, 18.6.97; FAZ, 14.6.97)

Vor kurzem hat die Telekom-Tochter T-Mobil mit der China Telekom ein sogenanntes Roaming-Abkommen unterzeichnet, daß den Kunden des D1-Netzes den Zugang zu sechs Regionen über Mobiltelefon ermöglicht. (FAZ, 14.6.97)

Aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs sind die Preise für Mobilfunktelefone in der letzten Zeit kräftig gesunken, und mit weiteren Preissenkungen wird gerechnet. Zum Beispiel kostete das Siemens-Handy im Januar 1997 rd. 1.325 US\$ und war damit gegenüber dem Vorjahr um rd. die Hälfte billiger. Bis Mitte des Jahres soll sich der Preis nochmals halbiert haben.

Auf dem Markt gab es bisher zwei Anbieter, und zwar die China Telekom und die United Telecommunication Corp. (Unicom), die allerdings erst in 20 Provinzen Dienste anbieten kann. Als dritter Anbieter wird die Great Wall Mobile Telekom demnächst dazukommen. Insgesamt gibt es bereits 6,8 Mio. Besitzer von Mobilfunktelefonen, und ihre Anzahl soll bis zum Jahre 2000 auf rd. 18 Mio. steigen. (NfA, 17.6.97)

Auf die mögliche Sonderstellung des britischen Telekom-Unternehmens Cable & Wireless angesprochen, sieht Nederkoorn keine Probleme für die Deutsche Telekom. (NfA, 18.6.97) Die Cable & Wireless hat sich Anfang Juni d.J. bereit erklärt, ihre Mehrheitsbeteiligung an der sehr gewinnträchtigen Hong Kong Telekom an die festlandchinesische staatliche China Telekom zu verkaufen. Dafür soll die Cable & Wireless einen größeren Anteil an einem Gemeinschaftsunternehmen mit China Telekom übernehmen und dadurch ihre Marktposition auf dem Festland verbessern können.

Im ersten Schritt wird Cable & Wireless an China Telekom 5,5% der Aktienanteile von Hong Kong Telekom zu einem Preis von 1,19 Mrd. US\$ verkaufen. Im zweiten Schritt werden von dem verbliebenen Aktienanteil von 54,5% innerhalb eines Zeitraumes von sechs bis 18 Monaten so viele Anteile an China Telekom verkauft, bis beide Unternehmen an der Hong Kong Telekom Beteiligungen von ca.

30% aufweisen. Im Gegenzug wird Cable & Wireless der wichtigste Investor in einem neuen Kooperationsunternehmen mit dem chinesischen Staat werden. (FT, 7./8.6.97) -schü-

19 Mehr Erdölimporte und Kooperation mit Ausland soll chinesischen Bedarf sichern

Um die steigende Nachfrage nach Erdöl und -derivaten zu befriedigen, hat China in den letzten Jahren die Importe erhöht und ist dabei, verstärkt bei der Exploration von Erdöl und Gasen mit dem Ausland zu kooperieren. Seit 1993 ist China Nettoerdölimporteur und muß sich aufgrund der stagnierenden inländischen Produktion in zunehmendem Maße Lieferungen aus dem Ausland sichern.

Im Mai und Juni d.J. wurden Kooperationsverträge mit Kasachstan, Irak und Venezuela mit einem Volumen von 5,6 Mrd. US\$ abgeschlossen. Ende Juni fanden Verhandlungen mit Rußland über die Lieferung von Erdöl und -gas mit einem Vertragswert von rd. 10 Mrd. US\$ statt.

Wie sich die Erdölimporte seit Beginn der 90er Jahre entwickelt haben, zeigt die beigefügte Tabelle. Während die inländische Produktion lediglich um rd. 11% zwischen 1991 und 1996 stieg, erhöhten sich die Importe um fast das Dreifache, allerdings ausgehend von einem relativ niedrigen Basiswert der Importe.

Erdölproduktion und -importe Chinas (im Mio.t)

Jahr	Produktion	Importe
1991	141,0	12,5
1992	142,0	21,2
1993	144,0	28,4
1994	146,1	29,0
1995	149,0	31,5
1996	157,0	36,5

Quelle: Sinopec, J.P.Morgan, zitiert in: AWSJ, 24.6.97

Offiziellen Schätzungen zufolge kann der jährliche Importbedarf bis zum Jahr 2000 auf rd. 50 Mio. t ansteigen.

Um weniger abhängig von Marktentwicklungen zu sein und um eine stabile Lieferung zu sichern, hat China nunmehr langfristige Kooperationsverein-

barungen getroffen und finanziert die Energieförderung im Ausland. Hierzu gehört der Kauf eines Ölfelds in Venezuela durch die China National Petroleum Corp. für einen Preis von 118 Mio. US\$. Das chinesische Unternehmen hat sich verpflichtet, 24 Mio. US\$ in den nächsten drei Jahren in die Modernisierung der bestehenden Anlagen zu investieren. Das chinesische Unternehmen soll im Wettbewerb mit anderen Interessenten diese um das Doppelte überboten haben. (AWSJ, 24.6.97)

Im Vertrag mit Kasachstan hat die China National Petroleum Corp. eine Kooperation mit der Aktyubinskmu nai Petroleum Corp. unterzeichnet, die Investitionen in Höhe von 300 Mio. US\$ und die Lieferung chinesischer Technologie zur Erdölförderung vorsehen. Dafür wurden Erdöllieferungen für China festgelegt, die über eine 3.000 km lange Pipeline durch die Provinz Xinjiang geleitet werden. (XNA, 5.6.97; AWSJ, 24.6.97) Die geplante Pipeline wird nach Angaben der China National Petroleum Corp. rd. 3,5 Mrd. US\$ kosten. (SCMP, 5.6.97)

Das Ende Juni zwischen Rußland und China unterzeichnete Abkommen sieht den Bau einer Gaspipeline vor sowie russische Gaslieferungen in einem Umfang von 20 bis 30 Mrd.cbm aus Irkutsk. (NfA, 30.6.97)

Mit dem italienischen Erdölkonzern Agip hat China außerdem Anfang Juni d.J. eine Vereinbarung unterzeichnet, um gemeinsam Erdöl- und gasvorkommen in Drittländern zu erschließen. (SCMP, 6.6.97) -schü-

Binnenwirtschaft

20 Überprüfung der statistischen Erfassung angekündigt

Anfang Juni wurde eine nationale Telefonkonferenz über die Durchführung einer Inspektion angekündigt, die die Anwendung der Vorschriften zur statistischen Erfassung überprüfen soll. Auf dieser Konferenz wies der stellvertretende Ministerpräsident Zou Jiahua darauf hin, daß es weiterhin Verstöße gegen die statistischen Vorschriften gebe. In manchen Regionen und in manchen Einheiten sei die Angabe falscher Daten ein schwerwie-

gendes Problem. Nicht wenige statistische Angaben seien übertrieben hoch. Falsche Angaben und Verletzungen der statistischen Vorschriften dürften nicht ohne Sanktionen erfolgen.

Das Staatlichen Statistikamt soll zusammen mit anderen Ministerien eine landesweite Überprüfungs Kampagne durchführen. Ziel hierbei sei es, die Anwendung der statistischen Bestimmungen zu vertiefen und ihre Funktion als Standard und Leitlinie herauszustreichen, um genaue Daten fristgerecht zu erstellen.

Zou Jiahua hob in seiner Rede nochmals die Zielsetzung für die Erstellung von Statistiken hervor. Das Ziel sei es nicht, Ergebnisse zu übertreiben oder mangelnde Erfolge zu verdecken. Statistiken sollen vielmehr die tatsächliche und objektive Realität abbilden, um eine Entscheidungshilfe bei der Wirtschaftsentwicklung zu leisten und Fehlentscheidungen und Verluste zu vermeiden.

Zur Umsetzung der rechtlichen Bestimmungen zur Statistik ist es Zou Jiahua zufolge erforderlich, Kontrollen durchzuführen und die Umsetzung der Bestimmungen mit Hilfe der Staatsmacht zu sichern. Verletzungen der statistischen Bestimmungen zeigten Zou Jiahua zufolge, daß einige leitende Kader falsche Statistiken als Beweis für ihre politischen Erfolge eingesetzt hätten. Hierbei handele es sich jedoch um ein ungesundes Verhalten der Partei(kader) und um Korruption in der Regierung.

Zou Jiahua hob einige wichtige Punkte bei der Durchführung der Inspektion heraus:

* Während der Inspektion soll die Gelegenheit genutzt und das Wissen über die statistischen Verordnungen bei den leitenden Kadern verbessert werden.

* Verstöße gegen die statistischen Bestimmungen sollen aufgedeckt und korrigiert werden, um die Genauigkeit und Aktualität der statistischen Daten zu verbessern. Schwerwiegende Verstöße gegen die statistischen Verordnungen sollen bestraft werden, wobei allerdings der Erziehungsgedanke im Vordergrund stehen soll.

* Die bisherigen Erfahrungen und Probleme sollen gesammelt und die statistischen Bestimmungen weiter verbessert werden.

(Xinhua News Agency, domestic service, Beijing, in Chinese, 5.6.97, nach SWB, 9.6.97)

Das erste Statistikgesetz wurde 1984 verabschiedet und im Mai letzten Jahres überarbeitet. Bisher wurden in China zwei Inspektionen zur Umsetzung der statistischen Verordnungen durchgeführt, und zwar 1989 und 1994. Bei der letzten Inspektion waren rd. 60.000 Fälle von Verstößen gegen das Statistikgesetz festgestellt worden, in die Funktionäre und Unternehmensleiter verwickelt waren. (XNA, 7.6.97) -schü-

21 Starkes Interesse an Aktien erschwert Verkauf von Staatsanleihen

Nach Angaben des stellvertretenden Finanzministers Liu Jibin verlief der Verkauf von Staatsanleihen im 1. Halbjahr 1997 ohne Probleme. Allerdings werde es schwierig werden, die Quote für den Gesamtverkauf von Staatsanleihen für das ganze Jahr zu erfüllen. Bis zum 3. Juni 1997 belief sich das Volumen der verkauften Anleihezertifikate auf 85,7 Mrd. Yuan, das sind 69,7% des angekündigten Verkaufsvolumens. (XNA, 6.6.97)

Vor allem Verkäufe von Staatsanleihen mit einer dreijährigen Laufzeit und einem Volumen von 40 Mrd. Yuan waren ins Stocken geraten. Da nur die Hälfte von Privatinvestoren aufgekauft worden sei, hätten die Banken den Rest aufkaufen müssen. Weitere Staatsanleihen mit einem Volumen von 123 Mrd. Yuan, die bis Oktober zu verkaufen sind, sollen ebenfalls auf keine große Nachfrage bei den Privatinvestoren gestoßen sein. (AWSJ, 9.6.97)

Aus Sicht des stellvertretenden Präsidenten der Zentralbank Shang Fulin, ist der ins Stocken geratene Verkauf der Anleihen auf die hohen Anreize für Kapitalanleger am Aktienmarkt zurückzuführen. Bevor am 12.5.97 die Staatsunternehmen und börsennotierten Unternehmen durch eine Regierungsbestimmung von Aktienspekulationen ausgeschlossen wurden, verzeichnete der Index der Aktienbörse in Shanghai sowie der Index in Shenzhen Steigerungen von jeweils mehr als 45%. Als weiteren Grund führt Shang die geplante Emission von Unternehmensschuldverschreibungen an, die in diesem Jahr mit einem Volumen von 15 Mrd. Yuan verkauft werden sollen. Da sich die Verkaufsperioden von Staats- und

Unternehmensanleihen im 1. Halbjahr überschritten und die Unternehmensschuldverschreibungen außerdem eine höhere Verzinsung aufweisen, wurden die Staatsobligationen weniger attraktiv.

Für das gesamte Jahr 1997 sind Verkäufe von Staatsanleihen in Höhe von 248,6 Mrd. Yuan vorgesehen. In den letzten Jahren ist damit das jährliche Emissionsvolumen ständig gestiegen. Beispielsweise wurden 1991 erst 19 Mrd. Yuan emittiert, im letzten Jahr dagegen bereits 196 Mrd. Yuan. (XNA, 6.6.97) -schü-

22 Banken sollen keine Mittel mehr für Aktienspekulationen einsetzen

Anfang Juni 1996 hat die Zentralbank ein Rundschreiben veröffentlicht, das den Banken untersagt, Mittel für Aktienspekulationen zu verwenden. Die Zentralbank ordnete an, daß die Geschäftsbanken alle Verbindungen zu den Treuhand- und Investmentgesellschaften sowie zu den Wertpapierhäusern innerhalb von zehn Tagen abbrechen müssen.

In dem Rundschreiben wird angekündigt, daß alle Interbankenkredite für Treuhand- und Investmentgesellschaften, Wertpapierhändler und Finanzintermediäre der strengen Kontrolle durch die Zentralbank unterworfen werden. Untersagt sei es, Überziehungskredite für Aktienkäufe zu benutzen; Unternehmen dürften Bankkredite nicht für den Kauf oder Verkauf von Aktien einsetzen.

Beschäftigte in den Geschäftsbanken, so das Rundschreiben, müßten dann mit ihrer Entlassung rechnen, wenn bekannt würde, daß ihre Bank direkt oder indirekt in Aktienspekulationen verwickelt sei. (XNA, 6.6.97)

Die von der Zentralbank gegebene Anweisung an die Geschäftsbanken ist eine von mehreren Maßnahmen der letzten Monate, um den überhitzten Aktienmarkt abzukühlen. Seit Beginn des Jahres waren die Aktienwerte im Durchschnitt um 40% gestiegen. Zu den Dämpfungsmaßnahmen zählte u.a. das Verbot für Staatsunternehmen, Aktienspekulationen durchzuführen, sowie die Ankündigung, das Aktienangebot auszuweiten.

Geschäftsbanken sollen sich nach Angaben der Financial Times vom 7./8.6.97 außerdem umgehend von Wertpapierrückkäufen und Devi-

senkengeschäften distanzieren, da nach Einschätzung der Zentralbank vor allem durch diese Geschäfte Finanzmittel für die Aktienspekulationen geliefert worden seien. Zwar könnten Banken weiterhin Wertpapier-Pensionsgeschäfte abwickeln, so ein Bericht im Asian Wall Street Journal vom 9.6.97, doch nur noch über den streng beaufsichtigten Interbanken-Markt in Shanghai.

Die Reaktion des Marktes auf die Ankündigungen der Zentralbank, die auf der Titelseite der Financial News veröffentlicht wurden, war absehbar. Der Aktienindex der B-Aktien an der Wertpapierbörse in Shanghai sank um 4,34% auf 85,337 Punkte; in Shenzhen ging der B-Aktienindex um 3,83% auf 150,77 Punkte zurück. A-Aktienindizes an beiden Börsen fielen um mehr als 6%.

Mit weiteren Einbrüchen der Aktienindizes wird gerechnet, da die Banken bisher wichtiger Lieferant für die Finanzierung von Aktienkäufen waren. Frühere Abkühlungsmaßnahmen hatten nur kurze Zeit gewirkt, dann hatten sich die Aktienindizes aufgrund der großen Nachfrage der Kapitalanleger wieder auf ihr altes Niveau erhöht. (FT, 7./8.6.97)

Neben der Marktstabilisierung ist die Intervention der Zentralbank nach Einschätzung des Asian Wall Street Journal auch mit dem Ziel erfolgt, den Kapitalstrom in den nichtproduktiven Finanzsektor zu dämpfen. Sinkende Kapitalinvestitionen und niedrige Produktivitätsgewinne würden in der Beijing Regierung die Befürchtung entstehen lassen, daß die Wirtschaftsentwicklung ins Stocken gerät, während gleichzeitig massive Entlassungen im Staatssektor bevorstünden. (AWSJ, 9.6.97)

Zu den Kontrollmaßnahmen der Zentralbank gegenüber den Geschäftsbanken zählt auch die Ende Mai d.J. erteilte Anweisung, das interne Kontrollsystem der Banken zu verstärken. Ziel sei es, Fälle von Betrug frühzeitig aufzudecken und die Risiken für die Banken zu minimieren. Das Kontrollsystem soll sich auf die Organisationsstruktur, Buchführung, auf das Risikomanagement für Kredite und Finanzderivate sowie auf die Einlagen- und Liquiditätssicherung etc. erstrecken. (SCMP, 24.5.97) Auf einem Seminar der Zentralbank zum Thema der internen Kontrolle in den Banken warnte Chen Yuan, stellvertretender Zentralbankpräsident, die Geschäftsbanken vor einer zu laxen

Kontrolle. Diese habe bereits in der Vergangenheit dazu geführt, daß gegen die gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften der Regierung verstoßen worden sei. Als wichtige Maßnahme im Rahmen der Verbesserung der internen Kontrolle nannte Chen Yuan die Ausgabe von Regeln für die Kreditvergabe und die Stärkung der Überwachung durch die Zentralbank. (XNA, 19.6.97) -schü-

23 Nationale Konferenz fordert mehr Anstrengungen zur Absicherung der Arbeitslosen

Ende Mai fand in Beijing eine nationale Konferenz zu Fragen der sozialen Absicherung und Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen statt. Wu Bangguo, Mitglied des Politbüros der KPCh und stellvertretender Ministerpräsident, forderte in einer Rede auf der Konferenz, daß den Arbeitslosen aus politischer Verantwortung jede mögliche finanzielle Unterstützung und Hilfestellung zur Wiederbeschäftigung zu geben sei. Die Sicherung des Mindestlebensstandards der entlassenen Arbeitskräfte sei ein großes Problem, das von der Partei und der Regierung berücksichtigt und gelöst werden müsse. Obwohl auf lokaler Ebene bereits auf der Basis eines vom ZK-Komitee und dem Staatsrat ausgearbeiteten Plans verschiedene Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitslosen und zur Wiedereingliederung durchgeführt worden seien, müßte zukünftig mit noch größeren Herausforderungen hierbei gerechnet werden.

Wie schwierig die Situation ist, zeigt ein Blick auf die Statistik. So haben Ende des 1. Quartals 1997 die staats-eigenen und städtischen kollektiven Unternehmen, die direkt der Zentralregierung unterstehen, die Lohnzahlungen für 10,96 Millionen ihrer Beschäftigten und für 2,27 Mio. im Ruhestand befindliche frühere Arbeitskräfte entweder ausgesetzt oder reduziert. Die Gesamtzahl der Arbeitskräfte, die entlassen wurden, wird mit mehr als neun Millionen angegeben. Damit erreichte die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten, die in Schwierigkeiten bzw. die entlassen worden sind, den bisher höchsten Stand.

In einer Ursachenanalyse hob Wu Bangguo hervor, daß die Schwierigkeiten der staats-eigenen Unternehmen, die Arbeitskräfte entlassen mußten

bzw. keine oder nur teilweise die Gehälter zahlen können, das langfristige Ergebnis der Planwirtschaft der vorangegangenen Dekaden seien. Mit einer kurzfristigen Lösung könne deshalb auch nicht gerechnet werden. Um wettbewerbsfähig zu werden, müßten die staats-eigenen Unternehmen in ihrem Umgestaltungsprozeß auch Arbeitskräfte entlassen. Insbesondere in diesem Jahr, in dem die Reform der Staatsunternehmen vorangetrieben werden und verstärkt Fusionen von Unternehmen sowie auch Konkurse durchgeführt werden sollen, werde die Zahl der Arbeitslosen und in finanziellen Schwierigkeiten befindlichen Arbeitskräfte steigen. Wu Bangguo wies weiterhin darauf hin, daß über einen längeren Zeitraum damit gerechnet werden müsse, daß das Arbeitskräfteangebot höher als die Nachfrage nach Arbeitskräften sein wird.

Aufgrund dieser Bedingungen sei es nach Wu Bangguo sehr schwierig, Unterstützung und neue Arbeitsplätze für die Arbeitslosen zu finden. Trotzdem müsse alles getan werden, um das Problem erfolgreich zu lösen, da es Aufgabe der kommunistischen Partei und Regierung sei, sich um die Probleme der Massen zu kümmern und Wohlstand für alle herbeizuführen.

Wu Bangguo zufolge soll den Arbeitslosen ein Mindestlebensstandard garantiert werden, wobei die Unterstützung jedem Haushalt und jeder Person zukommen soll. Außerdem müßten den Arbeitslosen neue Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Notwendig sei es, hierfür Pläne auszuarbeiten, Ziele und Maßnahmen und die Verantwortlichkeiten der Leiter verschiedener Verwaltungsebenen zu bestimmen. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 28.5.97, nach SWB, 20.6.97)

Die Absorbierung von Arbeitslosen durch den privaten Sektor, der in den letzten Jahren die meisten freigesetzten Arbeitskräfte aufgenommen hat, ist im letzten Jahr schwieriger geworden. In ihrem letzten Jahresbericht weist die China Administration for Industry and Commerce darauf hin, daß die Beschäftigtenzahl im Privatsektor bis Ende Juni 1996 um 1,5% gegenüber der Vorjahresperiode zurückgegangen sei. Von den 52 Mio. Beschäftigten, die in 655.000 privaten Unternehmen arbeiteten, seien 800.000 entlassen worden. Neuere Angaben für die Entwicklung ab dem 2. Halbjahr 1996 liegen nicht vor, doch wird davon ausgegangen, daß noch mehr entlassen wurden, da sich das

Geschäftsklima nicht verbessert habe. (SCMP, 8.6.97)

Eine Reihe von Branchen und Unternehmen bereiten derzeit größere Freisetzen von Arbeitskräften vor. So plant die China Petrochemical Corp. (Sinopec), von ihren insgesamt rd. 650.000 Beschäftigten ein Drittel zu entlassen. Nach Einschätzung von Shen Huaren, Präsident der China Petrochemical, weise das Unternehmen im Vergleich zu den Unternehmen in den Industrieländern zu viele Beschäftigte auf. Ein Zeitplan für die Reduzierung der Beschäftigten bestehe noch nicht. Auch würden neue Stellen in anderen Bereichen geschaffen, um die entlassenen Arbeitskräfte zu beschäftigen. (IHT, 23.6.97)-schü-

Taiwan

24 Hongkong-Modell für die Wiedervereinigung beider Seiten der Taiwan-Straße abgelehnt

Gleich nach der Rücknahme der britischen Kronkolonie Hongkong (siehe dazu Thema in diesem Heft: „Historische Wende in Hongkong“) appellierte Beijing an Taiwan, nach dem Modell „ein Staat, zwei Systeme“ analog zu Hongkong die Wiedervereinigung beider Seiten der Taiwan-Straße zu realisieren. In einer chinesischen Fernsehsendung forderte Staatspräsident und Parteichef Jiang Zemin am 1. Juli Taiwan auf, konkrete Schritte zur Entwicklung der Beziehungen beider Seiten und zur Durchführung der Wiedervereinigung Chinas zu unternehmen. Ministerpräsident Li Peng sagte am selben Tag bei einem großen Empfang in Beijing zur Feier der Rückkehr Hongkongs nach China, daß die Formel „ein Land, zwei Systeme“ nicht nur für Hongkong und Macau, sondern auch für Taiwan gelte. (CP, 2.7.97)

Die Regierung in Taiwan lehnte den Vorschlag Beijings umgehend ab. Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) erklärte am 3. Juli gegenüber Journalisten, Taiwan sei nicht Hongkong. Mit dem Hongkong-Modell die Trennung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zu lösen, sei ein Wunschdenken Beijings. Taiwan wolle keine formelle, sondern eine wirkliche chinesische Vereinigung einschließlich beider Seiten der Taiwan-

Straße, Hongkongs und Macaus unter den Prinzipien von „Demokratie, Freiheit und rechtem Wohlstand“. Vor Erreichung dieses Zieles sollten die beiden voneinander getrennten politischen Gebilde international einen eigenen Spielraum haben, um die historisch hinterlassene Frage mit einer vernünftigen, pragmatischen Einstellung zu beseitigen, so seine Aussage. Der Vizepräsident und gleichzeitige Ministerpräsident Lian Zhan (Lien Chan) wiederholte Taiwans Appell an Beijing, beidseitig auf Gewaltanwendung zu verzichten und einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. (ZYRB, 4.7.97)

Die Regierung Beijing will Taiwan jedoch nur als eine Provinz Chinas anerkennen. Daher gibt es bis heute immer noch keinen offiziellen Kontakt zwischen beiden Seiten. Auch die halbamtlichen Verhandlungen wurden von Beijing aus Protest gegen Li Denghuis „private“ Reise in die USA 1995 eingefroren. Bei den Präsidentenwahlen Taiwans im März des vergangenen Jahres hatte Chinas Volksbefreiungsarmee eine Reihe von Kriegsübungen einschließlich Raketentests in Meeresgebieten nahe der taiwanesischen Küste unternommen. Eine Woche vor dem Machtwechsel in Hongkong veranstaltete Taiwan am 23. und 24. Juni im Süden der Insel ein Militärmanöver Han Guang (Han Kuang) 13, bei dem die in den USA und Frankreich erworbenen neuen Kampfflugzeuge F-16, Patriot-Raketen und Mirage 2000-5 demonstriert wurden. (ZYRB, LHB und CP, 24.-25.6.97)

Am 28. Juni organisierten mehrere oppositionelle Parteien und Organisationen, die die taiwanesishe Unabhängigkeit befürworten, verschiedene Veranstaltungen in Taipei gegen eine „Einverleibung durch China“, die zigtausende Menschen anzo-gen. (LHB, 29.6.97) Andererseits fand am Abend desselben Tages und in derselben Stadt auch eine vom „Bündnis für die chinesische Vereinigung“ veranstaltete Feier zur Rückkehr Hongkongs nach China statt, zu der über eintausend Menschen kamen. (*Taiwan aktuell*, München, 30.6.97) Das Außenministerium in Taipei stellte anlässlich der historischen Wende in Hongkong den noch in seinem Besitz befindlichen chinesischsprachigen Urtext des Nanking-Vertrages von 1842 über die Abtretung Hongkongs an Großbritannien sowie andere alte „ungleiche Abkommen“ zwischen China und anderen Mächten im Nationalen

Palastmuseum in Taipei aus (bis Ende September d.J.). (ZYRB, 29.6.97)

Infolge der Rückgabe Hongkongs an die VR China und Taiwans Ablehnung einer Wiedervereinigung mit dem chinesischen Festland nach dem Hongkong-Modell sind die Beziehungen zwischen Taiwan und Hongkong prekärer denn je geworden, denn die taiwanesischen Angelegenheit in Hongkong werden nun eher von Beijing entschieden. Alles, was dem Prinzip von einem chinesischen Staat im Sinne Beijings nicht entspricht, muß neu geregelt werden. Einschränkungen bei den Aktivitäten der in Hongkong vertretenen halbamtlichen Institutionen Taiwans werden erwartet. Im Hinblick auf die veränderte politische Lage stellt z.B. das dem Außenministerium von Taiwan unmittelbar unterstellte Reisebüro in Hongkong mit der Bezeichnung Chung Hwa Travel Service nun seinen „Visaservice“ auf „Reiseservice“ um. (*Taiwan aktuell*, a.a.O., 16.6.97) Neun Staaten, die diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalten, wurden von Beijing gezwungen, ihr Konsulat in Hongkong zu schließen oder es zu einem halbamtlichen Handelsbüro zu degradieren. (LHB, 29.6.97) Ferner haben 20 Staaten, die statt mit Taiwan mit Beijing diplomatische Beziehungen unterhalten, beschlossen, Visa für taiwanesishe Bürger nicht mehr durch ihr Konsulat in Hongkong, sondern durch ihr halbamtliches Vertretungsbüro in Taipei oder durch eine Botschaft in Taiwans Nähe oder direkt durch ihr Außenministerium auszustellen. Visa für die USA, Deutschland, Dänemark, Norwegen, die Schweiz und Mexiko z.B. können in Taiwan beantragt werden. (ZYRB, 2.7.97) -ni-

25 Fortsetzung des heftigen Streits um Verfassungsreform

Im Laufe des Berichtsmonats Juni setzte sich das turbulente innenpolitische Szenario wegen der Verfassungsreform fort. Wie in C.a. (1996/12, Ü 25; 1997/1, Ü 30) berichtet, haben die Regierungspartei KMT (Kuomintang) und die größte Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) Ende Dezember des vergangenen Jahres auf einer parteiübergreifenden Nationalen Entwicklungskonferenz (Guofahui) einen überraschenden Konsens über eine grundlegende Umstrukturierung des bestehenden Regierungssystems durch eine neue Verfassungsreform erzielt. Die Schwerpunkte davon sind die geplante Verstärkung der Präsidialmacht und die Abschaffung der Provinzregierung Taiwan. Sie